

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal exkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophienstraße 101, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserat:
pro 3spaltige Zeittafel 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Printausgaben ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 6

Stuttgart, den 6. Februar 1904

20. Jahrgang

Bekanntmachung

des Verbandsvorstandes.

Ausgeschlossen nach § 14 b im Statut wurde in Leipzig der
Portefeuller Otto Thörner aus Plessen,
Buchnummer 20 123;
in Hamburg der
Buchbinder G. Gens aus Dölln, Buchnummer
39 230;
Buchbinder Franz Meyer aus Hamburg,
Buchnummer 44 237;
Buchbinder Eduard Schmidt aus Neu-
münster, Buchnummer 41 890;
Buchbinder H. Weylandt aus Hannover,
Buchnummer 41 877.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: A. Dietrich.

Ärzte und Krankenkassen.

I.

Konflikte der Ärzte mit Krankenkassen sind namentlich seit Inkrafttreten der neuen Krankenkassen-novelle, die den Ärzten nicht brachte, was sie von ihr erhofft hatten, so zahlreich, daß fast kein Tag vergeht, wo die Tagespresse nicht von „Ärztestreiks“ berichten kann, eine Erscheinung im öffentlichen Leben, von der früher niemand etwas wußte und die in früheren Jahren auch jeder Gutgesinnte als unfair für den ärztlichen Stand bezeichnet hätte. Die Hauptursache dieser Konflikte, die Frage der freien Arztwahl und damit zusammenhängend die Befolgung der Kassenärzte, hat dazu eine solche Menge Preßäußerungen erzeugt, daß es schwer hält, diese einigermaßen zu überblicken und sich in diesem Widerstreit der verschiedenartigsten Ansichten eine den wirklichen Tatsachen entsprechende Meinung zu bilden. In Ärztestreiks herrscht durchaus nicht eine Meinung über die freie Arztwahl und auch unter den Krankenkassenvorständen gab es — wenn auch vereinzelt — differierende Meinungen. Erst der am 26. Januar in Leipzig stattgefundene Krankenkassenkongress brachte wenigstens unter den Kassenvorständen Ordnung und Einstimmigkeit der Ansichten in dieses bunte Kaleidoskop der widersprechenden Urteile über die Zweckmäßigkeit der freien Arztwahl und zeigte durch Annahme einer Resolution, welches der Weg ist, um diese schwebenden Differenzen der Ärzte mit den Krankenkassen zu beseitigen. Die Wichtigkeit der Sache und das große Interesse, das die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter diesen Vorgängen entgegenbringen müssen, verpflichtet auch uns, sich hier an dieser Stelle damit zu befassen.

Als mit Einführung der obligaten Krankenversicherung der deutsche Industriearbeiter zum Eintritt in eine Krankenkasse gezwungen wurde, gaben viele damals den neuerstandenen freien Hilfskassen den Vorzug. Bestimmend dafür war neben der freien Selbstverwaltung die in den Hilfskassen eingeführte freie Arztwahl, die viele Ortskassen

damals noch nicht hatten. Es war etwas Bestechendes für den Versicherten, nicht nur in der Verwaltung ein Wörtchen mitreden zu können, sondern auch im Erkrankungsfall nicht einem bestimmten Arzte zugewiesen zu werden, sondern sich den Arzt seines Vertrauens selbst wählen zu dürfen.

Und in der Tat, die Meinung, daß der Kranke sich seinen Arzt selbst muß wählen können, hat viel für sich, wenn man allein bedenkt, welche Rolle Einbildung und Suggestion auf den Verlauf einer Krankheit vielfach auszuüben imstande ist; die erkranktesten Verteidiger der freien Arztwahl berufen sich mit besonderem Nachdruck jetzt auch darauf. Im Laufe der Jahre hat aber die Praxis den Kassenverwaltungen und -mitgliedern gelehrt, daß diese freie Arztwahl — die dann auch in Ortskrankenkassen eingeführt war — doch auch ihre Schattenseiten hat und sehr wohl geeignet ist, die finanzielle Grundlage einer Krankenkasse zu erschüttern.

Das Inkrafttreten des Krankenversicherungszwanges hatte naturnotwendig zur Folge, daß die Nachfrage nach Ärzten eine größere wurde, weil nun der Arbeiter es sich leichter gestatten konnte, sich ärztlich konsultieren zu lassen, wozu er früher, der nicht unerheblichen Kosten wegen, erst im dringendsten Notfalle, im vorgeschrittenen Stadium der Krankheit, sich entschließen konnte. Und da nun im medizinischen Sinne fast jeder Arbeiter krank ist, wie Dr. Mugdan im Reichstag ganz zutreffend bemerkt, und die neuere medizinische Wissenschaft fortwährend die Prophylaxe als Hauptschutz zur Verhütung und weiteren Umsichgreifen einer Krankheit predigt, so steigerten sich die Konsultationsfälle nicht unwesentlich, und damit schritt einher die weitere Inanspruchnahme von Ärzten. Dem folgte dann eine starke Zunahme des ärztlichen Studiums, die Aussicht auf frühzeitige Existenzgründung, die dem Juristen, Philosophen und Theologen in weit größerer Ferne steht, ließ einen starken Zustrom Studierender sich dieser Wissenschaft zuwenden. Die Zunahme der Zahl der Ärzte steht in keinem Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung; innerhalb 19 Jahren verdoppelte sich die Zahl der Ärzte, während die Bevölkerung nur um 20 Prozent zunahm; 1885 wurden in Deutschland 15 764 Ärzte gezählt, 1902 29 133, auf einen Arzt kamen 1885 2972 Einwohner, 1902 aber nur noch 1935.

Mit diesem Zustrom zur medizinischen Wissenschaft trat nun aber eine Überfüllung dieses Berufs ein, eine Erscheinung, die wir in gleicher Art auch bei Handwerksberufen, die zeitweise ähnliche Aussichten boten, machen können; das Angebot stieg und statt der vielfach erhofften guten Existenz fand mancher Jünger Askulaps in das sogenannte Geistesproletariat. Medizinische Zeitschriften haben nicht selten bewegliche Klagelieder über den unrentablen medizinischen Beruf gebracht und an der Hand von Statistiken nachgewiesen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Ärzte ein Jahreseinkommen von 2000 Mk. und darunter hat. Ohne die Richtigkeit dieser Angaben in Zweifel zu ziehen und so sehr es auch zu bedauern ist, wenn ein Mann der Wissenschaft nach jahrelangem

Studium keine ordentliche Existenz finden kann, so muß doch gesagt werden, daß auf Kosten der Krankenkassen dieser Ausgleich nicht geschaffen werden kann, daß die Absicht der Ärzte, für diese ihre schlechtentlohten Stangesenossen mehr Beschäftigung und für sich selbst höhere Honorierungen herauszuholen, von den in den Krankenkassen Versicherten entschieden abgewehrt werden muß. Denn nicht die Krankenversicherung ist an diesen Übeln schuld, wie vielfach von den Ärzten behauptet wird, sondern eben die Überfüllung des ärztlichen Berufs. Das wäre ja nun eine sehr bequeme Sache, wenn die Ärzte, anstatt nach den Ursachen dieser Berufsschäden zu spüren und auf deren Beseitigung im eigenen Berufe hinzuwirken, diese Last einfach auf einen Außenstehenden, in diesem Falle auf die Krankenkassen abladen könnten! Würden gewerkschaftliche Organisationen solcher Gewerbe, die unter eben solchen Umständen zu leiden haben, ein Gleiches tun, so würde sich ein großer Sturm der Entrüstung namentlich in jenen Kreisen erheben, die jetzt zu den größten Befürwortern der Ärztestreiks zählen.

Sonderbar: Alle jene bürgerlichen Zeitungen, die über die unnütigen Forderungen der Arbeiter von fünf Prozent Lohnhöhung und einer halben Stunde Arbeitszeitverkürzung in höchste Ekstase verfallen und laut und vernehmbar nach Polizei und Gericht schreien, um die Ausständigen in Käson zu halten, halten die jetzt von den streikenden Ärzten geforderten Honorar erhöhungen von teilweise 30, 40 ja bis 90 Prozent für gerechtfertigt, wohl gar für maßvoll, und unterstützen und fördern die Streiklustigen.

Die die Ärztebewegung protezierenden Scharfmacher haben es sogar verstanden, die Wahrheit vollständig auf den Kopf zu stellen. Es wird so dargestellt, als ob sich die bedrückten Ärzte des in den Kassenvorständen geübten sozialdemokratischen Terrorismus entleiben müßten, als wollten die Krankenkassen aus der Haut des armen Arztes Riemen schneiden.

Die Forderungen der Ärzte sind: Erhöhung der Honorare, allgemeine Einführung der freien Arztwahl und Bildung von Schiedsgerichten zur Schlichtung vorkommender Streitigkeiten. Es würde den Krankenkassen und den organisierten Arbeitern sehr schlecht anstehen, wollten sie sich gegenüber der Forderung der Ärzte auf Erhöhung der Honorare strikte ablehnend verhalten, im Interesse der Versicherten liegt es sogar durchaus, durch anständige Befolgung der Ärzte sich die tüchtigsten unter ihnen als Kassenärzte zu erwerben, sowie überhaupt ein gutes Einvernehmen zwischen Arzt und Krankenkasse und damit zwischen Arzt und Kranken ausrecht zu erhalten. Viele Krankenkassen haben denn auch schon nicht unbedeutende Erhöhungen der Arzthonorare bewilligt, Erhöhungen, die sie an die äußerste Grenze des Möglichen brachten. Aber Forderungen in solcher Höhe, wie sie vielfach von den Ärzten gefordert wurden, zu gewähren, ist rein unmöglich, weil sie die betreffenden Kassen vollständig ruinieren würden. Wie wenig sich-

haltig der Hinweis der Ärzte zur Begründung ihrer Honorarforderung ist, nämlich, daß durch die reichsgesetzliche Krankenversicherung Millionen Menschen der freien ärztlichen Praxis entzogen wurden, beweist allein die Feststellung, daß von den etwa 60 Millionen der deutschen Bevölkerung immerhin nur etwa 10 Millionen in die zwangsgesetzliche Versicherung eingeschlossen sind, den Ärzten also noch ein großes Gebiet zur Betreibung ihrer medizinischen Tätigkeit außerhalb ihrer Kassenpraxis übrig bleibt. Weiter aber steht fest, daß das Arzthonorar im Zeitraum von 1885 bis 1891 von 1,65 Mk. pro Kopf der Versicherten auf 2,70 Mk. jährlich gestiegen ist. Hätte die Einführung der Zwangsversicherung die Notlage der Ärzte verschuldet, so hätte diese früher, bei dem niedrigen Honorarfuß, sich weit mehr fühlbar machen müssen, wie jetzt bei dem erhöhten.

Der Eifer aber, mit dem die Ärzte für die freie Arztwahl eintreten, läßt erkennen, daß sie für ihre Interessen sich besondere Vorteile davon versprechen. Dabei verlangen sie auch gar noch, daß Kassenärzte nicht durch die Krankentassenvorstände, sondern durch ihre Vereinigungen anzustellen sind, ein Verlangen, das, als jedem Grundsatz der Gerechtigkeit widersprechend, glatt abzulehnen ist. Daß die freie Arztwahl ihr gutes für sich hat, haben wir schon angedeutet, ihr Wert für den Kranken wird aber vielfach überschätzt. Nur für die Großstadt und für den Hauskranken hat sie Wert, in kleinen Orten, wo nur ein Arzt praktiziert, und in Krankenhäusern, Kliniken und Heilstätten ist sie ja ohne weiteres abgetan, der Kranke ist nur auf einen Arzt angewiesen und der Arzt im Krankenhause usw. würde es als eine Beleidigung seiner beruflichen Tüchtigkeit empfinden, von irgend einem Kranken abgeholt zu werden, mit der Begründung, er genieße sein Vertrauen nicht. Wenn dem Wunsche der Ärzte auf Einführung der freien Arztwahl willfahren werden soll, dann müßte aber auch jeder Arzt verpflichtet werden, die Kassenpatienten zu behandeln. Das lehnen die begüterten oder die eine große Privatpraxis habenden berühmten Ärzte aber ab. Dabei bringt die freie Arztwahl auch den Mißstand mit sich, daß die berühmten Ärzte überlaufen werden, die ihre Be-

rühmtheit nicht immer ihrem besseren medizinischen Können verdanken, sondern oftmals ihrer besonderen liebenswürdigen Eigenart, mit den Patienten umzugehen, während andere Ärzte, die diesen Herren in medizinischen Kenntnissen durchaus nicht nachstehen, ihr Sprechzimmer leer sehen. Dadurch leiden besonders die Krankentassenkranken, die in besonders für sie angesehenen Sprechstunden kommen müssen und sich daher sofort als solche legitimieren, denn deren Untersuchung ist dann nur eine oberflächliche.

Die dritte Forderung: Einsetzung von Schlichtungskommissionen, kann unbedenklich gewährt werden, müssen wir uns doch auch bei dieser Sache auf den Standpunkt stellen, daß Streitigkeiten durch Verhandlungen aus der Welt geschafft werden sollen, ohne es zu ernstlichen Konflikten kommen zu lassen.

Der Leipziger Krankentassenrat hat nun gezeigt, wie sich die Krankentassen zu den Forderungen der Ärzte stellen. Damit wollen wir uns noch in einem zweiten Artikel beschäftigen.

Aus Mannheim-Ludwigshafen

wird berichtet: Anschließend an den in Nr. 50 der „Buchb.-Ztg.“ gegebenen Bericht über unsere Bewegung sind wir heute in der Lage, den Schlußbericht geben zu können.

Da es uns allerdings nicht möglich war, die umliegenden größeren Städte wie Heidelberg, Heilbronn, Mainz, Kaiserslautern nach der Meinung der Prinzipale zu gleicher Zeit mit Mannheim in ein Tarifverhältnis zu bringen, so konnten wir, da uns dafür bekanntlich die Zeit bis 1. Februar bezeichnet wurde, nicht gut vorher eine gemeinschaftliche Sitzung fordern. Dieselbe fand daher erst am Donnerstag den 28. Januar statt. Nach längerem Bericht des Unterzeichneten, der das Unerfüllbare des Verlangens der Prinzipale damit begründete, wie unterschiedlich die Wohnungs- und Lebensmittelpreise obengenannter Orte mit den in Mannheim üblichen sind, wird doch zum Beispiel in Heilbronn für zwei Zimmer und Küche nur die Hälfte bezahlt von dem, was in Mannheim gezahlt werden muß, ferner sind auch überall in diesen Städten die Marktpreise bedeutend billiger, und unter weiterem Hinweis auf die Bewegungen in unseren Tarifstädten, sowie auf Hamburg, Han-

ein wenig leichter wurde, stürmten sie schon wieder davon, ehe er noch aufgerichtet worden war. Von solchem Diefsteifer kann man sich gar keinen Begriff machen!

Drunten im Sund, beinahe unmittelbar unter uns, trieben große Eismassen, hauptsächlich alte Eishügel und Preßeishaufen, die mit Klumpen von Gletschern untermischt waren; in der reißenden Strömung drehten sie sich unaufhaltbar im Kreise.

An einigen Stellen zogen sich breite Rinnen weit, weit in den Sund hinein. Doch sich hier eines Bootes zu bedienen, wäre geradezu töricht gewesen, denn es wäre zwischen all diesen Hügeln und Eisbergen, die unaufhaltbar im Kreise herumtaugten und alles, was ihnen in den Weg kam, erdrückten und zertrümmerten, im Handumdrehen zerfellt. Auch gab es dort keine einzige Scholle, auf die man das Boot hätte schnell hinaufziehen können; alles war so hoch und steil und unzugänglich, und es ist doch gewöhnlich der letzte Ausweg, den man wählt, wenn dem Boote die Gefahr droht, erdrückt zu werden. Dann darf aber keine Last im Boote sein; denn dann ist man aufgehalten, es sofort hinaufzuziehen.

Keiner von uns hatte je ein Gewässer gesehen, das so absolut unfahrbar gewesen wäre wie dieser Sund. Dies in Verbindung mit den unbeschreiblichen Schwierigkeiten, die wir zu überwinden hatten, um über ihn hinwegzukommen, Schwierigkeiten, die sich ohne vorzügliches Material, zähe Menschen und ausdauernde Hunde nicht hätten besiegen lassen: alles dies bewirkte, daß wir ihn lange Zeit nicht anders als „den Sund“ nannten und einen mehr oder weniger kräftig illustrierenden Fluch hinzuzfügten, meistens einen Fluch, der sich schrecklich anhörte. Schließlich einigten wir uns darüber, ihn

nover, Köln usw. erklärt man seitens der Prinzipale, daß an dem Tarif eigentlich nichts auszu- setzen sei, nur könne nicht verlangt werden, daß derselbe unterschrieben von den Anwesenden anerkannt würde, speziell ein Buchdruckereibesitzer vertrat diesen Standpunkt. Die anderen Herren Prinzipale sahen sich darauf eben auch veranlaßt, diesen Standpunkt einzunehmen. Es wurde bestimmt, daß der Tarif ab 1. Februar in Kraft treten solle, und wurde die Unterzeichnung des Tarifs den Firmen überlassen. Die Prinzipale übernahmen es, durch Zirkular an sämtliche Firmen dies bekannt zu geben. Ein Tariffchiedsgericht wird noch gebildet werden.

Wir führen im Interesse aller Kollegen den Tarif hier an und hauptsächlich zu reisende Kollegen sollen, wenn sie nach Mannheim kommen, unter keinen Umständen unter diesem Tarif in Kondition treten. Derselbe enthält folgende Bestimmungen:

Die Buchbindergehilfen erhalten:

1. Im ersten Halbjahr nach der Lehrzeit wöchentlich 18 Mk.
2. Im zweiten Halbjahr nach der Lehrzeit bis zum vollendeten 20. Lebensjahr wöchentlich 20 Mk.
3. Sodann bis zum vollendeten 21. Lebensjahr wöchentlich 21,50 Mk.
4. Vom 22. Lebensjahr ab wöchentlich 23 Mk.
5. Die Gehilfen, welche gegenwärtig mit 23 bis 28 Mk. entlohnt werden, erhalten pro Woche 1 Mk. Zuschlag.
6. Die Überstundenzuschläge von 33 1/3 % bis 10 Uhr abends und 50 % nach 10 Uhr abends und Sonntags bleiben in Kraft.
7. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, exklusive Pausen.
8. Die Gültigkeit des Tarifs wird auf 3 Jahre festgelegt.
9. Die Lohnkommission verpflichtet sich, diesen Tarif in Mannheim-Ludwigshafen allgemein zur Durchführung zu bringen.

J. W. Schmidt.

Differenzen in Fürth

sind bei der Firma J. W. Spear & Söhne aus- gebrochen. Infolge fortwährender Preisreduzierungen in der Vergoldabteilung, die bis zu 4 Mk. wöchentlich ausmachten, wurden die Presser bei der Firma

„Hell Gate“ oder „Höllentor“ zu taufen. Obwohl es schwer sein dürfte, einen abfreckenderen Namen zu finden, ist der Name doch im Verhältnis zu unseren Eindrücken von der Stelle eher zu gelinde als zu stark.

Aus dem Hell Gate guckte mehrmals der Kopf eines Seehundes, der uns mit seinen erstaunten Augen vorsichtig nachschaute. Draußen zwischen den Eishügeln plätscherte ein Seevogel neben dem anderen, meist Lummern, aber auch einige größere Vögel, die wir aber auf so große Entfernung hin nicht genau erkennen konnten; vermutlich waren es Eiderenten.

Längs des Eisfußes hatten Bären im Laufe des Winters ihre Landstraße gehabt, wir sahen aber keinen.

Es war nicht leicht, einen geeigneten Lagerplatz zu finden; denn hier waren meistens große Eisblöcke oder so schräge Abdachungen, daß sich darauf kein Zelt aufschlagen ließ. Schließlich fanden wir noch auf dem Eisfuß eine einigermaßen geeignete Stelle.

Ich hatte Grund, mit unserer heutigen Tagesarbeit zufrieden zu sein. In solchem Terrain 11 Seemeilen zurückzulegen, war keine schlechte Leistung. Doch mit so starken Schlitten, so guten Hunden und so auserlesener Mannschaft, wie ich sie hatte, geht es, und man kommt vorwärts, wie schlecht das Terrain auch sein mag.

Die Hunde waren noch nicht sehr mitgenommen; denn bei so fürchterlichen Wegen können sie sich jedesmal verschmaufen, wenn die Karawane halten muß, um den Weg zu bahnen. Für die Schlitten und die Mannschaft war dies eine Feuerprobe gewesen, und von den Anforderungen, die dieser Tag an sie gestellt hatte, kann man sich so leicht keinen Begriff machen.

Durch das Höllentor.*

Als wir am nächsten Morgen aufstanden, hatte sich die Szene verwandelt.

Bei Schneewetter mit südlicher Brise fuhren wir zur gewöhnlichen Zeit ab und folgten dem Rande des Preßeis, bis wir an das wulstige Kap kamen. Dort lag das Preßeis unmittelbar an der Bergwand, und wir mußten mit allen unseren Werkzeugen, Hacken, Spaten und Beilen, heran, um uns einen Weg nach dem Eisfuß hinauf zu bahnen.

Als wir erst oben waren, ging es eine Strecke weit wieder einigermaßen gut; aber schlecht war das Eis hier beinahe überall. Nicht lange wahrte es, so mußte alle Augenblick Halt gemacht werden; denn beständig warf irgend ein Schlitten um, und gewöhnlich mußten zwei Mann ihn wieder aufrichten helfen. Vergleichen hält sehr auf, wenn die Karawane so groß ist wie unsere. Am schlimmsten ist, daß die verschiedenen Schlitten auf diese Weise immer ziemlich weit auseinander kommen, und wenn es dann wieder weiter geht und die Hunde so wild sind, wie sie es diesmal waren, überstürzt sich die Fahrt so sehr, daß man Gefahr läuft, alles, was auf den Schlitten liegt, in Stücke gehen zu lassen. Manchmal kann es für die Mannschaften oft böse genug ausfallen.

Wie tauchten die Hunde im Schneegestöber dahin! Und wenn dann der Schlitten umschlug oder stecken blieb und sie ihn nicht von der Stelle bewegen konnten, richteten sie sich auf den Hinterbeinen auf und heulten und schrien aus Leibeskräften. Und wenn sie fühlten, daß der Schlitten

* Mit gütiger Erlaubnis der Verlagsanstalt Brockhaus-Leipzig entnehmen wir Kapitän Everdrup's „Neues Land“ dieses Kapitel. Siehe auch unter Biterarisches.

vorstellig, jedoch ohne Erfolg. Darauf kündigte das Präsepersonal, zwei Presser und sechs Arbeiterinnen. Daraufhin hat nun die Firma zwei Verbandskollegen, die von den Differenzen unberührt waren, gekündigt, darunter unseren Gauvorsitzenden. Das übrige Geschäftspersonal erblickte darin eine Maßregelung, verlangte die Einstellung der zwei Entlassenen, widrigenfalls die Arbeit niedergelegt würde. Verhandlungen unseres Gauvorstandes in Gemeinschaft mit einigen anderen Verwaltungsperfonen und des Gauvorstandes der Handels- und Transportarbeiter Mitglieder dieses Verbandes kommen bei einer Arbeitsniederlegung ebenfalls in Frage) führten zu dem Ergebnis, daß die Firma wohl die Preisabzüge zurücknahm, doch die Kündigung der zwei Verbandsmitglieder nicht.

Der Streik brach nun am Montag den 1. Februar aus. Die Firma beschäftigt 104 Personen und eine kleine Anzahl Heimarbeiter. Im Magazin und in der Packerei sind 22 Personen beschäftigt. Unser Verbandsvorsitzender eilte sofort nach dort, um Einigungsverhandlungen in die Wege zu leiten. Wie wir nachträglich erfahren, konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

Aus Erlangen.

Drei Jahre sind es her, seitdem die Einwohnerschaft Erlangens in einer großen öffentlichen Protestversammlung Stellung nahm zu dem rachsüchtigen Verhalten der hiesigen Portefeulle-, Kartonnage- und Papierwarenfabrikanten gegenüber ihrem Arbeitspersonal, denselben Arbeiterinnen und Arbeitern, die durch ihrer Hände Arbeit aus kleinen Meistern reiche Großfabrikanten werden ließen.

Damals hatten die schlecht entlohnenten Arbeiter zum erstenmale gewagt, im Bewußtsein ihres guten Rechts die Forderung auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse an die Unternehmer zu stellen. Notgedrungen machten damals die Herren in Anbetracht der guten Geschäftszeit und unter dem Drucke der öffentlichen Meinung einige kleine Zugeständnisse, es kam ein Minimaltarif zustande, der doch wenigstens die miserabelsten Verhältnisse beseitigte. Durch Ehrenwort und Unterschrift verpflichteten sich die Fabrikanten dieser Branche, nicht unter den vereinbarten Lohnsätzen zu zahlen und keine Arbeiterinnen und Arbeiter wegen der Lohnbewegung zu maßregeln, das heißt zu entlassen.

Es war geradezu unglaublich, daß so dünne Schlitten so viel aushalten können. Daß sie dieses bewegte Leben wirklich vertrugen hatten, sah ich, als wir Lager schlugen; denn meiner Gewohnheit nach besichtigte ich sie alle genau, und keiner von ihnen war im geringsten beschädigt. Das einzige Pech, das wir im Laufe des Tages gehabt, war das Zerbrechen einer Stange an dem einen Hodo-meterab; doch dies war nicht so gefährlich; denn konnten wir abhelfen, sobald wir den Sünd erst hinter uns hatten.

Am nächsten Tage, Sonntag, 25. März, begannen wir zur gewöhnlichen Zeit, uns bei Schneetreiben und südlicher Brise weiter nach Norden durchzuarbeiten.

War das Terrain gestern schlecht gewesen, so war es heute noch viel, viel schlechter und an einigen Stellen war es fürchterlich, daß es jeder Beschreibung spottete. Turmhohe Preßeisshaufen waren an vielen Stellen hoch an die Bergwand hinaufgeschoben, und Schritt für Schritt mußten wir uns einen Weg durch Blöcke, Preßeisshügel und Gletschereis hauen. Alle Augenblick kamen wir an so große Gruben, daß wir nicht daran denken konnten, hinüberzukommen, ohne erst Wagenladungen voll Schnee hineingeschüttet zu haben.

An anderen Stellen waren Lawinen niedergelassen und hatten Steine und Preßeisshaufen in das offene Meer gefegt. Dort war der Schnee so hart wie Eis, und wir mußten wieder zu Hacke und Schaufel greifen. Auf solchem Terrain wurden die Hunde abgepannt, und wir selber schlepten und zogen Schlitten für Schlitten über den kritischen Punkt hinüber. Hoch über uns aber hingen mächtige, steile Abhänge und senkrecht abstürzende Wände mit gewaltigen Schneewächtern, die jeden Augenblick herabstürzen konnten und alles mitein-

jedoch nach kurzer Zeit schon wurden eine ganze Anzahl von denen, die den Mut hatten, für eine Verbesserung der Lage ihrer Mitarbeiter einzutreten, mit Weib und Kind im strengsten Winter unter den niedrigsten Vorwänden aufs Straßenpflaster geworfen.

Aber auch der Tarif, der, o Schmach, Stundenlöhne für Arbeiterinnen in der „Höhe“ von 7 Pf. und von 20 Pf. für Gehilfen nach vierjähriger Lehrzeit enthält, wurde vielfach nicht eingehalten, und so war die Zeit seit dem Jahre 1900 eine Zeit der fortwährenden Kämpfe im kleinen um Aufrechterhaltung des Tarifs. Dazu kam noch, daß der Minimaltarif in bezug auf die Arbeiterinnen meist als Maximaltarif behandelt wurde. Um die den Unternehmern unliebsame Einigkeit zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern zu zunichte zu machen, ließ man den Arbeiterinnen, die um Zulage ersuchten, meist durch die Werkführer zunichte erklären: „Mehr als im Tarif steht, brauchen wir nicht zu zahlen, geht hin und bedankt euch bei euren Gehilfen, die haben es ja so haben wollen.“

Dank der unermüdlchen, aufklärenden Tätigkeit, die von seiten unserer Zahlstelle entfaltet wurde, gelang den Herren Fabrikanten, ihr menschenfreundliches Bestreben, Zwietracht unter den Arbeitern zu säen, nicht, sondern im Gegenteil trug es dazu bei, daß die große Mehrzahl der in der Branche tätigen Personen sich Schutz und Hilfe suchend ihrer Berufsorganisation, zwecks gemeinsamer Wahrnehmung ihrer Interessen, anschloß.

Als anfangs 1903 flau Geschäftszeit eintrat, glaubte die Firma Feldmann & Co. wahrscheinlich den unliebsamen Lohnstarif durch Einführung eines Affordsystems umgehen zu dürfen, und bedurfte es eines achtwöchigen Streiks, ehe auf annehmbarer Basis die Rechte des dort tätigen Arbeitspersonals gewahrt werden konnten. Begründet wurde damals die Affordarbeit mit der „Faulheit“ des Personals, derselben Arbeiterinnen und Arbeiter, durch deren rastlosen Fleiß sich dieses Geschäft aus kleinen Anfängen in kurzer Zeit zur jetzigen Größe entwickelte.

Im Laufe des Sommers 1903 liefen fortgesetzt Klagen und Beschwerden über Nichteinhaltung vereinbarter Bedingungen, über schlechte Behandlung usw. bei den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft dieser Branche ein, auch Äußerungen von Prinzipals Seite gaben uns Veranlassung zu glauben, daß man einer Änderung des Minimaltarifs, gemäß

ander, Leute, Hunde und Schlitten, in einem wüsten Gewirr von Schnee und Eis mit sich in die wirbelnde Flut hinabzureißen drohten.

Ab und zu war ein Steinrutsch niedergelassen, und dort stand nur noch schwarzes Gestein, an dessen Fuß wir Stein für Stein wegräumen mußten, bevor wir mit unseren Schlitten durchkommen konnten.

Dies war schon an und für sich eine saure Arbeit, auch wenn das Wetter die Lage nicht noch verschlimmert hätte; es tat dies aber nach besten Kräften. Die Brise wurde immer stärker, und schon zwischen 2 und 3 Uhr tobte ein heftiger Sturm, während der Schnee dermaßen stöberte und umherfegte, daß wir beinahe keine Hand breit vor uns sehen konnten.

Um 3 Uhr fanden wir eine Stelle, wo sich vielleicht Lager schlagen ließ. Doch in solchem Wetter das Zelt zu errichten, war nicht so einfach, wenn man vermeiden wollte, daß sämtliche Sachen durchnäht würden.

Wenn wir unter solchen Umständen im Zelte landen wollten, ging erst ein Mann hinein, um die Sachen so, wie sie ihm gereicht wurden, in Empfang zu nehmen, ihnen den Schnee abzufegen und sie an der entgegengesetzten Seite des Zeltes zu einem Haufen aufzutapeln. Er fegt und fegt und meint schließlich so viel Schnee weggefegt zu haben, daß auf eine Seemeile in der Runde nicht mehr viel von dieser Sorte vorhanden sein kann. Und dennoch ist noch ebensowiel Schnee auf dem Zelte und auf den Sachen, die er in Empfang genommen hat.

Wenn man dann das Fegen des Zeltes und des Gepäcks lange genug betrieben hat, macht man sich daran, sich gegenseitig abzufegen. Doch trotz allen Bürstens, das einem zuteil wird und das

den beiderseitig gemachten Erfahrungen, auch bei den Prinzipalen nicht abgeneigt sei.

Ein diesbezügliches höfliches Ersuchen an die Herren Prinzipale, beziehungsweise deren Vertreter Kommerzienrat Zucker, in welchem um eine gemeinsame Sitzung zwecks offener Aussprache über diese Punkte und Regelung auf gütlichem Wege nachgesehen wurde, beantwortete man in einer Weise, welche von allem anderen, nur nicht von der so gern zur Schau getragenen christlichen Liebe der Fabrikanten zeugte. Brutale Aussperrung der Arbeiter eines Betriebs, später sogar aller, wurde angedroht! Nach längerem Bemühen kamen dennoch einige gemeinsame Sitzungen zustande, mit leeren Worten speiste man die Arbeiterschaft unter Hinweis auf den nicht allzuguten Geschäftsgang ab, man gab aber die tröstliche Versicherung, eine zufriedene Arbeiterschaft schaffen zu wollen. Wenn die Löhne auch nicht zu hoch seien, so solle man andererseits bedenken, daß aber auch im Winter in der flauen Geschäftszeit niemand entlassen werde, lieber verkürze man allgemein die Arbeitszeit, wenn es nicht anders gehe.

Wie die Fabrikanten teilweise eine zufriedene Arbeiterschaft schaffen wollen, das lehrte uns die letzte Zeit. Die leitenden Personen des Verbandes brotlos machen, dann um der Sache mehr Nachdruck zu verschaffen, eine große Anzahl weiterer Personen aus Straßenpflaster setzen, das war die Taktik, die man verfolgte und die zur Sprengung der Organisation führen sollte. Vergebliche Mühe!

Um aber diesem menschenfreundlichen Tun die Krone aufzusetzen, haben sich die hiesigen Portefeulle- und Kartonnagefabrikanten vorher dahin geeinigt, bei 300 Mk. Konventionaltarife keinen Arbeiter oder keine Arbeiterin, die entweder die Arbeit freiwillig verlassen oder von einem Fabrikanten ausgestellt wurden, unter einem halben Jahr wieder einzustellen, das heißt also, man will unsere Söhne und Töchter, aber auch Familienwäter, die in der Zeit des guten Geschäftsgangs gut genug sind, unter den schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen den Fabrikanten die Tasche zu füllen, in der schlechtesten Zeit durch Hunger zwingen, gefügige Ausbeutungsobjekte für die kommende gute Zeit zu werden. Wenn ein Prinzipal in der schlechtesten Zeit, entgegen dem gegebenen Worte, nicht für sein Personal sorgen will, so sollte man doch wenigstens erwarten, daß in

man anderen zukommen läßt, fliegt einem doch so viel neuer Schnee wieder an, daß man schließlich mit einer Masse Schnee auf den Kleidern hineinkriechen muß. Dann wird die Zelttür zugehakt, das innere Zelt gut heruntergezogen, und nun — beginnt drinnen im Zelte das Fegen von neuem! Erst wird jeder Mann gründlich abgebürstet, dann werden alle Sachen nach der Zelttür hingetragen, und man fegt auf der entgegengesetzten Seite des Zeltes gründlich aus. Darauf kommt wieder jedes einzelne Gepäckstück an der Türe an die Reihe; sie werden abgebürstet und von neuem an ihren ursprünglichen Platz getragen. Wenn dies getan ist, erfährt der Fußboden des Zeltes eine gründliche Reinigung, und zwar nicht die wenigst kräftige.

Endlich wird man auch an einem solchen Abend mit dem Fegen fertig; die Säcke werden ausgebreitet, der Primus fängt an gemütlich zu summen, der Topf wird aufgesetzt, und man zieht andere Schuhe und Strümpfe an. Wenn hierauf der Magen sein Recht bekommen hat und die Pfeifen angestekt worden sind, lauscht man mit wunderfam seligen Empfindungen dem Sturme, der so unauffaltfam gegen die Zeltwand hämmert und schlägt und an dem Dache reißt, als würde er dafür bezahlt. Doch wenn es wirklich gemütlich sein soll, muß man auch sicher sein, daß der Wind das Zelttuch nicht zerreißt, und das konnten wir heute Abend; denn der Sturm war nicht so stark, daß ich nicht überzeugt sein durfte, alle unsere solchen Zelte würden halten. Ganz anders ist es, wenn man fürchten muß, daß das Zelt jedem Windstoße, der kommt, nachgeben wird, und man an den Wänden herumstehen muß, um Tuch und Stangen auf jede nur erdenkliche Weise zu stützen; dann ist die Gemütlichkeit wahrhaftig nicht groß.

(Schluß folgt.)

der guten Zeit die Leute so entlohnt werden, daß sie für die schlechte Zeit etwas ersparen können. Doch nichts von alledem! —

In Anbetracht all dieser Tatsachen hielten es die Gewerkschaften Erlangens für geboten, in großer öffentlicher Volksversammlung Stellung zu nehmen zu dem rigorosen Vorgehen dieser Herren Fabrikanten. Dieselbe fand Dienstag den 26. Januar statt und gestaltete sich zu einer imponierenden Kundgebung. Alle Kreise der Einwohnergesellschaft waren vertreten, zahlreiche Redner verurteilten auf das schärfste das durch nichts gerechtfertigte Vorgehen der Prinzipale. Es ist unmöglich, hier all die Zustände anzuführen, die in der Diskussion beleuchtet wurden. Um weiteren Kreisen jedoch einen Einblick in die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewähren, sei auf das Resultat der Statistik vom Jahre 1900 aufmerksam gemacht und dabei bemerkt, daß sich die Verhältnisse seit dieser Zeit nicht oder doch nur ganz unbedeutend gebessert haben.

Die Statistik lehrt in bezug auf den Durchschnittslohn der Gehilfen, daß Erlangen von den 55 Städten, auf die sich die damaligen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche erstreckte, erst an 52. Stelle kommt, das heißt also, es giebt in Deutschland nur noch drei Städte, wo die Löhne noch erbärmlicher sind als in Erlangen. Es kann ferner konstatiert werden, daß in einer Anzahl Städte der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen höher ist als hier am Orte der Minimallohn eines Gehilfen nach beendeter vierjähriger Lehrzeit. Was die Durchschnittslöhne der Arbeiterinnen anbelangt, so steht Erlangen an 48. Stelle, nur in 7 Städten versteht oder verstand man es, die Arbeiterinnen noch besser auszubeuten. — Die Lebensmittelpreise sind aber dessen ungeachtet hier keineswegs billiger als anderorts, eher im Gegenteil.

Die Prinzipale klagen über die geringen Dividenden, die seit einigen Jahren gezahlt werden, über die gewiß nicht mageren Direktorengelöhler, die die Herren aber so nebenbei, seit der Umwandlung der Geschäfte in Aktiengesellschaften oder Kompaniegeschäfte, beziehen und die einen erheblichen Teil des Reingewinns ausmachen, hört man sie gewiß nicht klagen.

Eine einzige Firma ist am Orte, die erfreulicherweise auf gutem Fuße mit ihren Arbeitern steht, das ist die Firma Scharf, bei der der Herr Werkführer (ein ehemaliger eifriger Verbandskollege), nur seinen Posten etwas idealer auffassen sollte.

Wollen wir hoffen, daß doch endlich auch einmal in Erlangen friedliche Zustände geschaffen werden im beiderseitigen Interesse, natürlich aber auf der Grundlage der Gleichberechtigung beider Teile, nicht aber so wie die Herren Portefeuilles-, Kartonnage- und Papierwarenfabrikanten Erlangens sich bisher dachten: Wir haben die Rechte und ihr Arbeiter seid die Knechte!

Den Kolleginnen und Kollegen aber rufen wir nochmals zu: Bleibt treue Mitglieder eures Verbandes, agitiert mit Macht, daß alle, die uns noch fern stehen, eintreten in unsere Reihen, um gemeinsam unsere Lebensinteressen zu wahren. M. F.

Korrespondenzen.

Zugung ist strengstens fernzuhalten nach Fürth, Neu-Ruppin, Straßburg i. G. und Breslau und nach den Firmen J. F. Diezel und A. Blohorn, Offenbach a. M.

Über die Firmen Gulbe, Klette und Erdlen in Hamburg ist die Sperre verhängt. Zugung von Pressern, Galanteriearbeitern und Buchbindern nach diesen Betrieben ist fernzuhalten.

Über die Firma Winterstein in Leipzig ist die Sperre verhängt.

Arbeitsangebote nach G a g e n i. W. und Dessau sind erst nach vorheriger Erfundigung beim Bevollmächtigten anzunehmen.

Hamburg. Sonnabend den 16. Januar fand eine gemeinschaftliche, außerordentliche Generalversammlung der Zahlstellen Hamburg und Altona statt, in der das rigorose Verhalten einiger Firmen gegenüber ihren Arbeitern besprochen und Anträge auf Ausschluß mehrerer Mitglieder nach § 14b gestellt werden sollten. Zunächst berichtete Schlegel, wie einige Firmen zum Teil mit Erfolg versucht

haben, die Bezahlung der Weihnachtsfeiertage zu umgehen, indem Arbeiterinnen um diese Zeit nur zur Aushilfe eingestellt wurden, oder Arbeiterinnen, die bislang in Lohn arbeiteten, plötzlich Auffordern arbeiten sollten, und als diese verweigert wurde, entlassen wurden. Im letzteren Falle war aber der Schachzug der Firma Aug. Lang umsonst. Auf Anrufen habe das Gewerbegericht diese Firma verurteilt zur Zahlung von 14 Tagen Lohnentschädigung. Redner ermahnt die Arbeiterinnen, darauf zu achten, daß auch ihnen gegenüber unsere Vereinbarungen streng eingehalten werden und gegebenenfalls, bevor sie sich auf etwas einlassen, bei den zuständigen Stellen Rat einzuholen. Von Gehilfen sei nichts bekannt geworden, daß man bei deren Lohnzahlung die Bezahlung der Feiertage habe umgehen wollen. Redner bespricht noch das Verhalten des Herrn Breward, in dessen Geschäft Kollege Küster bisher arbeitete.

Eine Diskussion schloß sich an diese Ausführungen nicht an und nahm zur Begründung der Anträge auf Ausschluß mehrerer Mitglieder nach § 14b Kollege Küster das Wort. Die Verbandsmitglieder Franz Meyer, Eduard Schmidt, Weylandt und Georg Gens seien bei der letzten Lohnbewegung bei Arbeitsniederlegungen in den betreffenden Betrieben stehen geblieben und müßten, wie üblich, ausgeschlossen werden. Bachhaus in Altona-Ottenhofen habe bei Differenzen mit der Firma Bruhn & Diehl bewußt unwahre Behauptungen veröffentlicht, die der Lohnbewegung und damit dem Verband schädigen sollten (unwahre Angaben über die dort herrschenden Lohnverhältnisse). Daß hat sich entschieden geweigert, als die betreffende Firma die Forderungen nicht bewilligen wollte, die Kündigung einzureichen wie alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen des Geschäfts. Im Gegenteil habe er den Unternehmer noch darin zu bestärken gesucht, die Forderungen nicht zu bewilligen. Als die Firma schließlich nach Verhandlungen mit der Lohnkommission doch noch bewilligte, sei eine kurze Zeit nachher erfolgte Maßregelung wesentlich auf sein Konto zu setzen, mithin müsse der Ausschluß erfolgen. H. Schmidt habe durch Zwischenrufe in der ersten öffentlichen Versammlung, wo unsere Forderungen proklamiert wurden, die Lohnbewegung in Mißkredit zu bringen versucht und dann durch Äußerungen in den Verbandsversammlungen während der Lohnbewegung diese geschädigt. Redner gibt einige dieser Äußerungen bekannt, deshalb sei auch hier der Ausschluß laut § 14b gerechtfertigt. — Sämtliche auszuschließende Kollegen sind zur heutigen Versammlung eingeladen, erschienen jedoch nur die beiden letztgenannten.

In der nun folgenden Diskussion nimmt zunächst H. Schmidt zu seiner Verteidigung das Wort. Er betont, daß die ihm zur Last gelegten Äußerungen ihm nicht bewußt sind. Er habe höchstens im Vertrauen zu Privatpersonen einiges geäußert; er habe vor der Bewegung von denselben abgeraten, das sei sein gutes Recht gewesen. Redner erinnert daran, daß er nun seit circa 30 Jahren in der Arbeiterbewegung stehe und während dieser Zeit immer seine Schuldigkeit getan habe, nun er alt geworden sei, wolle man ihm noch diesen Schimpf antun. Der Antrag sei die größte Ungerechtigkeit und die „fadensteingigsten“ Gründe hätten dazu herhalten müssen. Schmidt ersucht zum Schluß um Ablehnung des Antrags. In mehr oder weniger längeren Ausführungen und zum Teil wiederholt sprechen für den Ausschluß: Pfennig, Berndt, Reuß und Schlegel, gegen den Ausschluß: Grimm, Ahlesfeldt, Borst und Franke. Ein Antrag, den Ausschluß des Kollegen H. Schmidt besonders zu behandeln, wird angenommen. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags auf Ausschluß ohne Widerspruch für die Kollegen: Meyer, Eduard Schmidt, Weylandt, Gens und Bachhaus. Bei dem nun folgenden Kollegen J. Daß setzt eine sehr lebhaft, zum Teil sogar erregte Debatte ein. J. Daß erklärt, daß er nicht so handeln könne, wie er wohl möchte, da er einen Vertrauensposten im Geschäft bekleide. Die Entlassung des Kollegen Guppe sei keine Maßregelung, sondern habe derselbe selbst verschuldet. Grimm tritt für J. Daß sehr warm ein. Er meint, es müsse den sich in Vertrauensstellungen befindenden Kollegen anheim gestellt sein, ob bei Lohnbewegungen in ihren Betrieben die Kündigung einzureichen sei

oder nicht. Würde Daß ausgeschlossen, so behalte er sich vor, den Ausschluß für weitere Kollegen zu beantragen, die mindestens ebenso gefehlt hätten. Gegen den Ausschluß sprachen noch: Ahlesfeldt, H. Schmidt, Borst und Franke. Hauptsächlich wird betont, daß dann auch andere Kollegen auszuschließen wären. In Geschäften, wo gewisse andere Kollegen arbeiten, sei auch nicht alles geregelt. Für den Ausschluß sprechen: Pfennig, Hoff, Reuß, Kohleder, Berndt, Küster und Schlegel. Hervorgehoben wurde, daß auf Vertrauensstellungen keine Rücksicht zu nehmen sei, Verbandsmitglieder müßten auch für die Beschlüsse eintreten, sonst sei überhaupt keine Lohnbewegung möglich. Nach Annahme eines Schlußantrags nimmt J. Daß das Schlußwort, in dem er nochmals seinen Standpunkt präzisiert. Nach zweimaliger vergeblicher, weil angefochtener Abstimmung per Affkamation findet ein wiederholt gestellter Antrag auf Abstimmung per Stimmgelb Annahme. Diese ergibt: 67 Stimmen für den Ausschluß, 57 gegen denselben, 12 Zettel blieben weiß. Persönliche Bemerkungen in einer längeren Geschäftsordnungsdebatte vergeudet die Zeit. Die kurze Zeit, die noch verblieb, wurde H. Schmidt zu seiner Verteidigung eingeräumt. Derselbe wünscht vor allem, daß über seinen Ausschluß noch heute abgestimmt werde. Im weiteren sucht er die Beschuldigungen der Lohnkommission zu widerlegen und betont nochmals, daß ihm nichts Unrechtes bewußt sei. Ein Antrag Schlegel, die Versammlung zu vertagen, da auch die Lohnkommission schwer angegriffen worden ist und diese darauf antworten müsse, findet Annahme. Damit erfolgte Schluß der sehr stark besuchten Versammlung.

Sonnabend den 23. Januar fand die Fortsetzung der Versammlung statt. Nach Erledigung einiger internen Vereinsangelegenheiten gab Küster bekannt, daß die Verwaltung für die heutige Versammlung als unparteiischen Leiter Genossen Arbeitersekretär Groffe herangezogen hätte und erucht die Versammlung um Zustimmung, was einstimmig geschieht. Ein Antrag Grimm auf „Übergang zur Tagesordnung“ wird, nachdem Grimm dafür und Schlegel dagegen gesprochen, gegen wenige Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag Franke, die Mitglieder der Zahlstelle Altona von der Abstimmung über den Ausschluß H. Schmidt auszuschließen, da H. Schmidt Hamburger Mitglied sei, wird gleichfalls gegen wenige Stimmen abgelehnt, nachdem Wilhelm namens der Zahlstelle Altona erklärt hat, daß, wenn H. Schmidt die Bewegung geschädigt hat, er auch die Altonaer geschädigt habe, da die Bewegung gemeinschaftlich gewesen sei. Würden sie von der Abstimmung ausgeschlossen, so würden sie den Antrag von Altona aus stellen. Zudem sei in letzter Versammlung über ein Mitglied der Zahlstelle Altona abgestimmt worden (Bachhaus), ohne daß dem widersprochen wurde.

Hierauf erhält zur Begründung des Antrags Küster das Wort. Derselbe bespricht noch einmal die bekannten Vorgänge, geht des näheren auf die Lohnbewegung ein und kommt zu dem Schluß, daß die Lohnkommission gegen Leute, die nur Lohn und Spott für unsere Lohnbewegung übrig hatten, nicht anders handeln könne, als den Antrag auf Ausschluß zu stellen. Werde derselbe abgelehnt, so wird die Lohnkommission und die Verwaltung die Konsequenzen zu ziehen haben. H. Schmidt, der zu seiner Verteidigung zunächst das Wort erhält, erklärt darauf zu verzichten und will dies im Schlußwort zusammenfassend tun. Rippe bezeugt, daß die von Küster erwähnten Äußerungen den Tatsachen entsprechen und tritt für den Antrag der Lohnkommission ein. Berndt erwähnt unter anderem, daß sich Prinzipale bei den Verhandlungen darauf gestützt haben, daß unsere älteren Kollegen mit der Lohnbewegung gar nicht einverstanden seien. Grimm habe zum Beispiel unsere Bewegung höflich eine „Handwerksburschenbewegung“ genannt; das lasse tief blicken. Borst behauptet, die Lohnkommission wolle nur für ihre Fehler andere zum Sündenbock stempeln. Das bisher Vorgebrachte seien keine Gründe, die den Ausschluß eines so alten Mitglieds rechtfertige. Gumbt meint, er wolle das Verhalten dieser Kollegen nicht billigen, aber die Lohnkommission hätte nicht gleich zu dem schärfsten Mittel, der Ausschließung, greifen sollen. Pfennig bemerkt, das Verhalten dieser Kollegen falle des-

wegen so schwer ins Gewicht, weil es alte Gewerkschaftler wären, die selbst Lohnbewegungen geleitet hätten und daher wissen mußten, daß ihre Duerstreiberere die Bewegung arg kompromittieren mußten. Selbst in öffentlichen Versammlungen sei ihnen von Vertretern anderer Gewerkschaften vorgehalten worden, daß unsere eigenen Kollegen gegen die Bewegung wären. Redner zitiert die gebrauchten Redewendungen, die sich an dieser Stelle teilweise nicht wiedergeben lassen und sagt: wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Die Kollegenschaft müsse reinen Tisch machen. Adler spricht gegen den Ausschluß; alles, was vorgebracht wurde, seien Gerüchte, Viertischgespräche und ähnliches, nichts rechtfertigende den Ausschluß. Es sei unerhört, daß die Lohnkommission einen solchen Antrag stellen konnte. Grimm spricht gleichfalls gegen den Ausschluß. Sie seien gegen die Lohnbewegung gewesen, das sei ihr gutes Recht. Gegen die Bewegung hätten sie aber nicht konspiziert. Die vorgebrachten Momente seien Unsinn. Die Lohnkommission habe vom Verbandsvorstand den Auftrag erhalten, für die Tarifgemeinschaft und den gemeinsamen Arbeitsnachweis zu wirken; Minimallöhne seien nebensächlich. Schlegel geht in längeren Ausführungen auf die der Lohnkommission gemachten Vorwürfe ein und sucht diese zu widerlegen. Die Behauptung Grimms bezüglich des Auftrags der Lohnkommission sei in allen Punkten falsch. Tarifgemeinschaft und gemeinsamer Arbeitsnachweis seien Anträge von Mitgliedern gewesen, die später in die Lohnkommission gewählt wurden. Für Leute, die bei achtstündiger Arbeitszeit und etwa 30 Mk. Lohn in der Parteidruckerei des „Hamburger Echo“ stünden, seien vielleicht Minimallöhne nebensächlich, für die große Mehrzahl der Kollegen aber die Hauptsache. Es sei an das Mitleid der Kollegen appelliert worden, man möge sich aber auch in die Lage der Lohnkommission zu versetzen suchen, die unter den schwierigsten Umständen die Bewegung leiten sollte. Die Lohnkommission wäre nicht in der Lage gewesen, sogenannte Vermittlungsanträge zu machen, auf Grund gemachter Erfahrungen und namentlich nach der letzten Versammlung wäre ihr dies dann als Schläpheit ausgelegt worden. Die Lohnkommission müsse heute von den Mitgliedern, die die Forderungen aufgestellt und ihnen den Auftrag zur Durchführung gegeben habe, fordern, daß Maßnahmen getroffen werden, die die Wiederholung solcher Zustände in Zukunft unmöglich macht. Geschehe dies nicht, so wäre für Hamburg-Altona für absehbare Zeiten jede Lohnbewegung unmöglich gemacht. Kein Mensch würde in Zukunft den Mut finden, für eine Lohnbewegung einzutreten. Franke spricht gegen den Ausschlußantrag. Viele Kollegen hätten am Anfang der Bewegung pessimistisch gegenübergestanden, daß es besser gekommen sei, wolle er anerkennen. Aber der Ausschluß rechtfertige sich nicht, das wären nur fadenfcheinige Gründe, die zur Motivierung desselben vorliegen, da müßten noch mehr Mitglieder ausgeschlossen werden. Zand erklärt, er habe als einziges Mitglied der Lohnkommission gegen den Antrag gestimmt.

Auf Wunsch H. Schmidts wird die Debatte geschlossen. Eingezeichnet war noch eine lange Reihe von Rednern.

Als Vertreter des Antrags erhält Küster das Schlußwort. Derselbe resumiert noch einmal alle vorgebrachten Gründe. Er verwahrt die Lohnkommission gegen den Vorwurf, daß sie fadenfcheinige Gründe für den Ausschluß vorbringen. Gegen andere Mitglieder hätte man, vermutlich ohne ein Wort zu verlieren, den Ausschluß ohne weiteres gutgeheißen, aber hier handle es sich um alte, einflussreiche Mitglieder. Darin liege aber auch die Schwere der Verfehlungen. Mehr als die Hälfte der heute Anwesenden hätte man in keiner öffentlichen Versammlung während der Bewegung gesehen, heute wären sie gekommen, um einen der Ährigen zu retten. Redner geißelt in scharfen Worten die Flaubeit der Kollegen, die sich in besseren Stellen befinden und sich um nichts bekümmerten. Würde der Antrag abgelehnt, so wäre jede fernere Lohnbewegung unmöglich, ja sogar das Gewonnene gefährdet, denn die Unternehmer sind von unseren Verhältnissen unterrichtet und würden im Vertrauen darauf, daß die Lohnkommission ihrer eigenen Leute nicht sicher ist, Durchbrechungen der getroffenen Vereinbarungen versuchen, dem entgegen-

zutreten und die Kraft genommen wäre. H. Schmidt erhält zu seiner Verteidigung das Schlußwort und faßt sich sehr kurz. Er habe in keiner Weise der Lohnbewegung entgegenzutreten gesucht. Die meiste Zeit sei er krank zu Hause gewesen. Auf die ihm zur Last gelegten Äußerungen könne er sich nicht befehlen. Es scheine ihm, daß Demunzianten ihr Unwesen getrieben haben. Er kann nicht begreifen, wie er auf die Ausschlußliste habe gesetzt werden können. Er habe immer seine Pflicht und Schuldigkeit getan und werde sie auch in Zukunft tun, unbekümmert darum, was beschlossen werde. Damit war die Beratung dieses Gegenstandes erschöpft. Der Versammlungsleiter, Arbeitersekretär Große, gab in längeren Ausführungen das Fazit, wie es ihm, nach dem Eindruck, den er gewonnen habe, erscheine und kommt zu dem Schluß, daß das Verhalten H. Schmidts und der anderen, die gleich oder ähnlich gehandelt haben, nicht zu billigen sei, denn wenn eine Lohnbewegung beschlossen sei, so sei es Pflicht jedes aufgeklärten und organisierten Kollegen, für die Beschlüsse einzutreten. Andererseits hätte die Lohnkommission, wie es wohl in der Ordnung gewesen wäre, unterlassen, diese Kollegen sofort zur Rede zu stellen und den Ausschluß eventuell anzudrohen. Es würde zu erwägen sein, ob, wenn die Versammlung das Verhalten dieser Kollegen nicht billige, eine Verwarnung nicht als ausreichende Sühne angesehen werden könne und die Lohnkommission ihren Antrag zurückziehe.

Auf Antrag Schlegel verlegt sich die Versammlung auf 5 Minuten, um der Lohnkommission Gelegenheit zu geben, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen. — Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärt die Lohnkommission ihre Bereitwilligkeit, unter dieser Voraussetzung ihren Antrag zurückzuziehen.

Nachdem H. Schmidt erklärt, sich dem Votum der Versammlung zu unterwerfen, ergibt die Abstimmung, daß niemand das Verhalten dieser Kollegen billigt, der Antrag auf Ausschluß gilt als zurückgezogen. Der Versammlungsleiter erklärt, daß damit gleichzeitig der Lohnkommission ein Vertrauensvotum ausgestellt sei, er dankt für das ihm bewiesene Vertrauen.

Küster übernimmt wieder den Vorsitz. Aus der weiteren Debatte ist zu erwähnen: Büch erklärte, ihm sei zu Ohren gekommen, daß Grimm in letzter Versammlung ihn mit Haß auf eine Stufe gestellt habe. Falls Grimm das nicht zurücknehme, beantrage er, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Grimm erklärt seinen Standpunkt, nimmt die Äußerung aber nicht zurück, worauf der Antrag Büch angenommen wird. Dazu sprachen noch Fennig und Schlegel. Wegen vorgerückter Zeit mußte die Versammlung, die außergeröhlich stark besucht war, geschlossen werden.

Nachschrift. Nach Schluß der Versammlung fanden sich die in der Affäre Hauptbeteiligten mit einigen anderen Kollegen und Kolleginnen in dem in der Nachbarschaft gelegenen Lokal der Lohnkommission zusammen. Dort wurde bei Bier und Musik noch manch „gründliche Aussprache“ gepflogen und diverse „Herzenserleichterungen“ gemacht und bis in die frühe Morgenstunde die „Friedenspfeife geraucht“.

Charlottenburg. Zu unserer Generalversammlung vom 16. Januar wurde durch den Geschäftsbericht bekannt, daß unsere Mitgliederzahl sich von 25 auf 30 erhöht hat. Es fanden im Laufe des Quartals eine General- und eine Mitgliederversammlung und zwei Vorstandssitzungen statt. Die Lokalkasse verfügt über einen Bestand von 33,06 Mk. In die Hauptkasse nach Stuttgart wurden 93,75 Mk. gesandt. Der Bibliothekar bemängelt in seinem Bericht die flauwe Benützung unserer zirka 200 Bände umfassenden Bibliothek; im ganzen Quartal seien nur 11 Bände verliehen worden.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung verursachte einige Schwierigkeiten, da keiner von den Kollegen ein Amt annehmen wollte und verschiedene Kollegen es überhaupt vorgezogen hatten, durch Abwesenheit dieser Eventualität zu entgehen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Hilbert einstimmig wiedergewählt, zum zweiten Vorsitzenden Gustmann; Kassierer Niebold; Schriftführer Müßeler; Beisitzer Bartels und Niebold; Bibliothekar Niebold; Revisoren und

Kartelldelegierte Martin und Worth. Zur 21er Kommission (Volksauschuss) wird Hilbert wiedergewählt. Ein Antrag, künftig die Versammlungen an einem anderen Tage in der Woche abzuhalten, wird mit der Begründung abgelehnt, daß dieselben dann ebenso schlecht oder noch schlechter besucht würden als Sonntags. Die Frage des Hausaffaires scheint noch nicht spruchreif, da man erst die Erfolge des jetzigen Kassierers abwarten will. Sodann wird beschlossen, unser Stiftungsfest an einem Sonntag im engeren kollegialen Kreise abzuhalten, das Arrangement hierzu wird dem Vorstand überlassen. Für die Crimmitschauer werden als zweite Rate 10 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt; eine Sammelliste ergab noch den Betrag von 7,20 Mk. für dieselben.

Esersfeld. Am 23. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht, den Hense gab, ist zu entnehmen, daß im Quartal 1 General- und 5 Mitgliederversammlungen, sowie 6 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Der Mitgliederstand ist 41. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 18 Kollegen besucht. Dem Kassenbericht, gegeben von Köhlig, ist zu entnehmen, daß die Verbandskasse eine Einnahme von 235,86 Mk. und eine Ausgabe von 182,46 Mk. hatte, bleibt Bestand 53,40 Mk. Die Lokalkasse hatte an Einnahmen 148,81 Mk., Ausgaben 55,60 Mk., bleibt Bestand 93,21 Mk. Das verflossene Jahr war für unsere Zahlstelle ein ziemlich ruhiges zu nennen, trotzdem ist unsere Zahlstelle von 33 auf 41 Mitglieder gestiegen. Vorträge wurden gehalten von Kollege Grünhoff über Heinrich Heine, ferner über unsere Organisation und deren Erfolge durch die Tarifgemeinschaft und weiter über den Bauernkrieg. Von Kollege Bergmann über: Eine neue Gefahr für die Gewerkschaften und wie begegnen wir derselben? Von Kollege Waldheim über: Politische Zustände im Buchgewerbe. In einer Versammlung hielt Kollege Hense aus dem Korrespondenzblatt eine Vorlesung über statistische Erhebungen der Unfallberufsgenossenschaften in Deutschland. Die Berichte der Kartelldelegierten wurden regelmäßig entgegengenommen. In Festlichkeiten hielten wir nur unser Stiftungsfest ab, welches einen sehr schönen Verlauf nahm und auch von auswärtigen Zahlstellen gut besucht war. In verschiedenen Ausflügen in naher Umgebung beteiligten sich die Kollegen zahlreich. Eine gemeinschaftliche Zusammenkunft mit der Solinger Zahlstelle in Mängsten nahm auch einen schönen Verlauf, desgleichen war unsere Zahlstelle an dem alljährlich stattfindenden Gauausflug, der diesmal nach Essen stattfand, vertreten. Besonders hervorzuheben ist das Zustandekommen eines Lehrkursus für Buchbinder in der hiesigen Kunstgewerbeschule. Von der Stadtverwaltung genehmigt, aber von der Regierung in Düsseldorf abgelehnt, setzte sich der Direktor Mayer mit unserer Zahlstelle in Verbindung. Eine Einladung zur Besichtigung der Schule und deren Einrichtungen rief reges Interesse unter der Kollegenschaft hervor und führte zu dem Ergebnis, daß sich viele durch Unterschrift bereit erklärten, an einem Kursus teilzunehmen. Das wurde von dem Direktor an die Regierung berichtet, was zum Erfolg hatte, daß die Errichtung einer Fachklasse für Buchbinder genehmigt wurde. Nach Ostern wird ein Kursus eröffnet, wo uns die Gelegenheit geboten wird, sich in unseren verschiedenen Kunstfächern weiter auszubilden. Es ist eine hervorragende Lehrkraft zur Anleitung seitens des Direktors Mayer gewonnen worden. Es ist dies die erste derartige Einrichtung, welche in Preußen existiert, deren Zustandekommen wir unserer Zahlstelle zuschreiben können.

Im allgemeinen haben sich die Versammlungen recht reger gestaltet und waren im Verhältnis gut besucht, was auch hoffentlich im neuen Geschäftsjahre so bleibt und noch zu einer regen Agitation führt, damit wir im nächsten Jahre mehr Erfolge zu verzeichnen haben.

Darauf gab Köhlig die Jahresabrechnung. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 751,38 Mk., eine Ausgabe von 697,98 Mk., bleibt Bestand 53,40 Mk. Die Lokalkasse hatte 217,50 Mk. Einnahme und 124,33 Mk. Ausgabe, bleibt Bestand 93,21 Mk., welche auf der Sparkasse angelegt sind. Der Bibliothekarbericht konnte nicht gegeben werden, weil der Bibliothekar krank ist.

Die hierauf folgende Wahl des Vorstandes ergab als ersten Vorsitzenden F. Schaab, als zweiten H. Schöne, Kassierer G. Köhrig, Schriftführer F. Willi, Bibliothekar M. Michael und Revisoren Mühler und Guckenbeck.

Im weiteren gab Köhrig noch bekannt, daß in nächster Zeit eine Ausstellung von deutschen, englischen und französischen Bucheinbänden stattfindet, welche besonders Interesse für die Fachschüler haben dürfte. Hense forderte die Mitglieder auf, an der Arbeitslozenzählung sich zu beteiligen. Einem beim Militär stehenden Kollegen wurden 5 Mk. bewilligt aus der Lokalkasse.

Erfurt. Die am 12. Januar tagende Generalversammlung nahm zunächst den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen. Danach haben in Berichtsjahre 24 Versammlungen, darunter 4 Generalversammlungen stattgefunden. Die höchste Besucherzahl war 80, die niedrigste 8, im Durchschnitt 16. In den Versammlungen beschäftigte man sich unter anderem mit dem Anschluß der Zentralkassenkasse an den Verband (von Seiten des Vorstandes wurde auch versucht, hier eine Zahlstelle der Krankenkasse ins Leben zu rufen, was jedoch an der Interesslosigkeit der Mitglieder scheiterte). Ferner wurde seinerzeit das Rundschreiben des Zentralvorstandes betreffend Festsetzung eines einheitlichen Minimallohnes sehr lebhaft debattiert, jedoch hat man in Erfurt Abstand von irgend welcher Aktion genommen. Gegen die ebenfalls vom Zentralvorstand ausgegebene Extrasteuer machte sich eine ziemlich starke Opposition geltend, jedoch wurde nach Falllassen der Extrasteuer der einstimmige Beschluß gefaßt, die Lokalsteuer von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, dafür aber die Lokalunterstützung auszubauen. Auch zu der vom Gewerkschaftskartell angeregten Gründung einer Auskunftsstelle und Zentralherberge wurde Stellung genommen. — Vorträge wurden gehalten von Hengstwerth über den Harz und von Kehler über Aberglaube, Spiritismus und Hypnotismus. Im November 1903, bei Beginn der guten Geschäftszeit, hat dann der Vorstand den Versuch gemacht, zwecks Aufbesserung der Löhne eine Bewegung einzuleiten. Die Kollegenschaft war hiermit vollständig einverstanden, der Beschluß wurde einstimmig gefaßt, die Forderungen wurden formuliert und bereits an das größte Geschäft eingereicht. Leider besaßen die Kollegen in diesem Geschäft im entscheidenden Moment nicht genügendes Rückgrat, die Forderung durchzubrüden, sondern ließen sich durch das Manöver der Chefs, die erklärten, sie würden, wenn die Löhne erhöht werden sollten, dann lieber die Buchbinderei an den Nagel hängen, die Forderung fallen. Gerade in diesem Geschäft sind die älteren Kollegen Erfurts tätig und der Vorstand hatte geglaubt, sich auf diese verlassen zu können. Man hat ein klägliches Fiasko gemacht und kam in absehbarer Zeit nicht daran denken, irgend welchen energischen Versuch zu machen. Werkstubeversammlungen haben 6 stattgefunden. Bei einem Ausflug am Himmelstagsfest war die Beteiligung der Kollegen eine sehr gute, während sich an der Gaupartie nur 4 Erfurter Kollegen beteiligten. Für die Crimmitschauer sind in der Zahlstelle 44,60 Mk. aufgebracht worden. Der Mitgliederstand erhöhte sich von 33 auf 44, an Arbeitslozenzunterstützung wurden 285,85 Mk. gezahlt. Die Lokalkasse verfügt über 299,41 Mk.

Die Wahl eines Bevollmächtigten gestaltete sich infolgedessen schwierig, als der bisherige Bevollmächtigte v. Lojewski sich entschieden weigerte, das Amt wieder anzunehmen, es sei ihm unmöglich, meinte er, für Kollegen zu arbeiten, die in entscheidenden Fragen, wie zum Beispiel der Lohnbewegung, so wenig Energie zeigen und die beste Arbeit des Vorstandes zunichte machen. Schließlich wurde Haag an seiner Stelle gewählt. Der Posten des Kassierers blieb in den Händen unseres bewährten Kollegen Smolln, während zum Schriftführer Ellinger bestimmt wurde. Als Beisitzer wurde Köhler und als Revisoren Jünemann und v. Lojewski bestimmt. Um die jüngeren Kollegen in schriftlichen Arbeiten anzulernen, wurden beschloffen, an jedem Versammlungsabend einen anderen Protokollführer zu bestimmen. — Der vorgerrückten Zeit wegen nahm man zu der Frage „Anstellung beförderter Gauleiter“ nur kurz Stellung und beschloß, diesen Punkt in der nächsten Versammlung eingehend zu behandeln. Zum Schluß entspann sich eine lebhaftige Debatte

über die Frage: Was können wir dagegen tun, wenn Schriftföher in Druckereien mit Buchbinderarbeiten beschäftigt werden? Jünemann vertritt den Standpunkt, daß, soweit organisierte Buchdrucker in Betracht kämen, man wohl Abhilfe schaffen könne; im gleichen Sinne äußern sich Sauer, Wurch und Smolln. Da hierbei auch noch andere Mißstände in hiesigen Geschäften zur Sprache kamen, beschloß man, in einer der nächsten Versammlungen Stellung hierzu zu nehmen. Nach einigen unwesentlichen Bemerkungen wird die von 29 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Mainz. In unserer Generalversammlung vom 2. Januar wurden Zimmermann als Bevollmächtigter, Kennert als Kassierer, Kunz als Schriftführer, Rohde und Michel als Kartelldelegierte gewählt. Dem Vorsitzenden und dem Kassierer wurden pro Quartal je 10 Mk. für ihre Mißverwaltung bewilligt.

In der Versammlung vom 16. Januar hielt Genosse Vorkant ein Referat über die moderne Gewerkschaftsbewegung, worin er den Anwesenden die Erfolge der deutschen Gewerkschaften schilderte und zum Schluß ermahnte, sich dem Verband anzuschließen, soweit sie noch nicht Mitglied desselben sind.

Fürth. Unsere am 17. Januar stattgefundenen Generalversammlung war leider nicht so gut besucht, als wie es wünschenswert gewesen wäre. Nachdem der Vorsitzende Dürr einige Aufnahmen bekannt gegeben, erstattete er den Geschäftsbericht. Das abgelaufene Geschäftsjahr war ein sehr reges, besonders in punkto Agitation ist Eminentes geleistet worden. Mitgliederversammlungen fanden neun, Verwaltungssitzungen zwölf statt. In Vorträgen hatten wir drei, an Vergnügungen einen Ausflug nach Bach, sowie unser Stiftungsfest. Zur Agitation selbst hatten wir zwei öffentliche Versammlungen, in denen Kollege G. Jöllner, sowie Frau Marie Greifenberg das Referat übernommen hatten. Außerdem fanden noch ca. 30 Werkstubeversammlungen statt. Unser Mitgliederstand stieg gegenüber dem Vorjahr von 31 weiblichen auf 126 und von 44 männlichen auf 54. In der Versammlung wurden wieder acht Aufnahmen gemacht, so daß der momentane Mitgliederbestand 188 beträgt. Aufgenommen wurden im ganzen Jahre 36 männliche und 166 weibliche Mitglieder. Die vielen Abgänge der weiblichen Mitglieder lassen sich dadurch erklären, das die Arbeiterinnen meistens in andere Berufe übertreten. Dem Kassenbericht, den Schumann gab, ist zu entnehmen, daß Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse mit 473,65 Mk. bilanzieren, 277,60 Mk. wurden nach Stuttgart gesandt. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 265,80 Mk., die Ausgaben 172,25 Mk., bleibt Bestand 93,55 Mk. An Arbeitslosen- und Maßregelungsunterstützung wurden im ganzen 419,70 Mk. ausbezahlt.

Die Neuwahl der Verwaltung zeitigte folgendes Resultat: Vorsitzender: Dürr, Kassierer: Harver, Schriftführer: Herber, Beisitzer: Kolleginnen Frau König, Fräulein Wager, König und Römisch, Revisoren: Schumann, G. Jöllner und Kollegin Behmann. Als Kartelldelegierte wurden Staudacher, Frau Hecking und Fräulein Nizinger gewählt, als Bibliothekar Staudacher. Dem Vorsitzenden sowie dem Kassierer, welcher letzterer auch gleichzeitig Unterstützungsauszahler ist, wurden 10 Mk. pro Quartal als Entschädigung gewährt.

Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, die Verwaltung nach Kräften zu unterstützen, sowie stets für den Verband zu agitieren. Unser Familienabend, welcher gleich nach der Versammlung stattfand, verlief in schönster Weise. Unsere Hauskapelle, Kollege Pressel (Violine) und Kollegin Frau Pressel (Zither) zeigten ihr ganzes Können; erst nach Mitternacht trennte man sich in froher Stimmung.

Wiesbaden. Samstag den 23. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Nachdem der Geschäfts- und Kassenbericht erstattet war, wurde bei der Wahl der Ortsverwaltung der alte Vorstand wiedergewählt. In den Bericht des Kartelldelegierten entspann sich eine lebhaftige Debatte, weil projiziert ist, hieselbst ein Arbeitersekretariat einzurichten. Es wurde in der Debatte hervorgehoben, daß es für Wiesbaden noch verfrüht sei, ein derartiges, mit großen Kosten verbundenes Institut zu errichten. Die Debatte

wurde geschlossen mit der Ermahnung des Bevollmächtigten, alle Mitglieder sollen in die öffentliche Gewerkschaftsversammlung kommen, um dort die nähere Begründung zu erfahren. Weiter wurde beschloffen, zur nächsten Versammlung wieder eine rege Agitation zu entfalten und sämtliche hier beschäftigten Kollegen einzuladen. Es wurde dies schon mehrmals hier versucht, zwar ohne großen Erfolg, aber trotzdem wollen wir nicht erlahmen und immer wieder an die säumigen Kollegen herantreten, um sie für unsere Sache zu gewinnen. Zum Schluß forderte der Bevollmächtigte die Kollegen auf, immer so zahlreich in die Versammlung zu kommen wie heute, denn nur dadurch, daß wir stets fest und treu zusammenstehen, können wir unser Ziel erreichen.

Eingesandt.

Mainz. Vor der Öffentlichkeit in das richtige Licht gestellt zu werden verdient die Handlungsweise des Inhabers der Stuisfabrik Geißt & Gilmer in Mainz, Herr F. Geißt. Unter allerlei Versprechungen und Zusagungen auf dauernde Stellung engagiert Herr Geißt Arbeiter. Haben nun Kollegen ihre Stellung anderswo verlassen, so versteht es Herr Geißt, bei Eintritt schlechten Geschäftsganges sich seiner Arbeiter, die ihm sonst ausgeholfen haben, auf einer unschönen Art und Weise zu entledigen. Entweder genügt der Kollege den von Herrn Geißt an ihn gestellten Anforderungen plötzlich nicht mehr, oder ein sonstiger wichtiger Grund muß dazu herhalten, den Deckmantel zu spielen zu seiner Entlassung. Vielen unserer Kollegen, darunter verheirateten, ist es dieser Art ergangen, die mit Familie umzogen, um dann nach kurzer Zeit unter nicht unbedeutenden pekuniären Verlusten in ihre Heimat zurück zu kehren. Auch steht dajelbst das Überstundenmachen in hoher Blüte. In der Saison wird täglich bis 11, 12 Uhr und noch länger des Nachts gearbeitet, natürlich bequemt sich Herr Geißt nicht dazu, seinen Leuten irgend eine prozentuale Vergütung zu entrichten, wie es anderswo üblich ist. Weiter verstößt Herr Geißt auch viel gegen die Gewerbeordnung, indem er des Sonntags ununterbrochen arbeiten läßt, sowie dem Lehrling nicht seine gesetzlichen Pausen zukommen läßt. Auch legt Herr Geißt gewiß keine Ehre damit ein, wenn er seine Fabrikate mit der Motivierung den Kunden anpreist: er könne billiger liefern, da er billige Arbeitskräfte beschäftigt. Speziell sucht die Firma Arbeiter aus Pforzheim zu engagieren. Wer sich also vor Schaden bewahren will, sei hiermit gewarnt.

Rundschau.

* Aus dem Reichstage. Eine die Gewerkschaften besonders interessierende Interpellation kam am Sonnabend den 30. Januar im Reichsparlament zur Verhandlung. Es handelte sich um Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, Errichtung von Arbeitskammern und Sicherung des Koalitionsrechtes. Begründet wurde die Interpellation vom Zentrumsgabgeordneten Trimborn, der in manchen Partien seiner Rede anscheinend ganz wirkungsvoll für dieselbe eintrat, ein uneingeschränktes Eintreten für diese Arbeiterforderungen aber doch vermiffen ließ. Aussprüche, wie: „Wir wünschen ein großzügiges, hochherziges Vereinsgesetz des Reiches. Diese Forderung ergibt sich aus der sozialpolitischen Notwendigkeit, den Arbeitern in allen Bundesstaaten das gleiche Koalitionsrecht zu geben“, werden durch diesen: „Meine Freunde verlangen die Gewährleistung des freien Koalitions- und Organisationsrechtes, wobei nur die eine Schranke zu beachten ist, daß die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet wird“, sofort wieder aufgehoben. Wenn die öffentliche Sicherheit durch nichts weiter gefährdet würde, wie durch das Koalitionsrecht, wär's schon auszuhalten.

Ähnlich war die Erklärung des Staatssekretärs Graf Posadowsky. Er sprach sich nicht ablehnend, wohl aber weise zurückhaltend aus. „Die verbündeten Regierungen sind bereit, auf dieser Grundlage die Arbeitervertretungen weiter aufzubauen. Ob und wann ein derartiger Weg beschritten wird, wird von den Staatsverhandlungen der künftigen Jahre abhängen.“ Danach zu urteilen, geht's in der künftigen Sozialpolitik des Reichstags nicht

„mit Wollampf voraus“, wie der Abgeordnete Trimborn pathetisch zum Schlusse seiner Rede ausrief.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Legien, Vorsitzender der Generalkommission, wies dann in längerer Rede, in der er sich speziell mit dem Koalitionsrecht befaßte, die Frage der Errichtung von Arbeitskammern auf eine gelegener Zeit verschiebend, zunächst darauf hin, mit welchen nichteingelösten Verprechungen die Regierung schon seit drei Jahrzehnten die diesbezüglichen Anträge der sozialdemokratischen Fraktion abgetan hat. Die ganze Misere, unter der die Gewerkschaften heute zu leiden haben, wurde von ihm eingehend geschildert: Die Willkür der Polizeibehörden bei Auslegung der Vereinsgesetze, das große Kapitel des Streikpostenstehens, die schweren Verurteilungen bei „Bedrohungen“ von Streikbrechern usw. Zum Schluß sagte Legien wirkungsvoll: „In bezug auf das Koalitionsrecht aber ist der Gegenwartsstaat für die Arbeiter ein Zuchtstaat, den wir unter allen Umständen beseitigen müssen.“

Der Frankfurter Arbeiterkongreß, der ja die Zentrumsfraktion indirekt zur Einbringung ihrer Interpellation veranlaßt hatte, spielte in den Debatten eine gewisse Rolle. So sagte unter anderem Legien: „Herr Trimborn verwies auf den Frankfurter Arbeiterkongreß. Mit dem, was dort beschlossen ist, sind wir fast vollständig einverstanden. Glauben Sie denn, daß diese Arbeiter immer in vollem Vertrauen zur Regierung aufblicken werden, wenn die Handhabung der Gesetze so fortdauert? Ich bin der freudigen Hoffnung, daß diese Arbeiter, sobald sie mehr mit dem Organisationsgedanken vertraut geworden sind, sobald sie durch die Schule der Organisation zu der Erkenntnis gelangt sein werden, daß nicht nur manches, sondern sehr viel faul in unserem Staate ist, nicht mehr die königstreuen und regierungsfreundlichen Arbeiter bleiben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)“

In der Schadenersatzklage des Arbeitswilligen Voss aus Hannover gegen unseren Verband (Mündschauotiz in Nr. 4) ist das Urteil vom Stuttgarter Amtsgericht noch nicht verkündet. Es sollen erst noch Beweiserhebungen in Hannover angestellt werden.

* Dem Portefeuller-Verband sind die Zahlstellen Pforzheim und Elberfeld eingegangen. Wir nehmen davon besonders Notiz, nicht etwa, wie mancher wähnen möchte, weil wir unsere Freude nicht verbergen können, sondern einzig und allein, weil uns das Eingehen der Pforzheimer Zahlstelle besonders dazu Veranlassung gibt. Gerade mit Bezug auf die Mißerfolge, die unser Verband in wiederholten Versuchen, die dortigen, sehr zahlreichen Stützarbeiter zu organisieren, erlebt hat, wurde uns immer von den Portefeullern vorgeworfen, wir nähmen uns der Nebenbranchen nicht an. Der Portefeullerverband war dann besonders stolz auf seine Organisationserfolge in Pforzheim (die Zahlstelle zählte wohl eine Zeitlang über 100 Mitglieder) und schrieb diese seinem tüchtigen Eintreten für die von uns nichtbeachteten Stützarbeiter zu, mit besonderem Hinweis darauf, daß die Stützarbeiter eben nun erkannt haben, nur im Portefeullerverband könnten ihre Interessen gewahrt werden, nicht bei den Buchbindern. Trotz emsiger Bemühungen konnte die Zahlstelle von der Verbandsleitung des Portefeullerverbandes nicht gehalten werden. Einzig und allein ein Beweis dafür, wie unfähig schwer in manchen Berufen der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation feste Wurzel schlagen kann, und wie ungerechtfertigt dieser gegen uns erhobene Vorwurf ist.

* Einen beachtenswerten Erfolg hat die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker wiederum zu verzeichnen. Das königl. Württembergische Ministerium des Innern wies infolge einer Eingabe des Tarifamts Deutscher Buchdrucker die staatlichen Behörden an, die Herstellung amtlicher Druckarbeiten nur solchen Buchdruckereien zu überweisen, welche den deutschen Buchdruckertarif bei dem Tarifamt der deutschen Buchdrucker unterschrieben anerkannt haben, falls nicht besondere Umstände eine Abweichung von dieser Regel erheischen. Den

bis jetzt der Tarifgemeinschaft nicht angehörigen Buchdruckereien wird vor Abbruch der zwischen ihnen und den Behörden bestehenden Beziehungen ausreichende kürzere Frist gewährt, um sich auf die Zugehörigkeit zur Tarifgemeinschaft einzurichten. Die „Deutsche Arb.-Ztg.“ ist darob so erfreut, daß sie ausruft: „Es kann sich hierbei wohl nur um eine Periflage der so schon bis zum äußersten getriebenen Sozialpolitik oder eine fette, in einer sozialistischen Redaktion gezüchteten Ente handeln.“ Scheint nicht so! Und sie wird nun mit verstärkter Wut den Schleifstein der Scharfmacher weiterdrehen.

* Wie die Unternehmer rüsten, das erzählt Weinhausen in einem Artikel der „Hilfe“, gelegentlich bei Betrachtungen über das Ende des Crimmitschauer Streiks. Er sagt da:

„Angenommen aber den Fall, in nächsten größeren Wirtschaftskampfe verhielten sich die Behörden neutral, dann wird eine andere Macht auf den Plan treten, die in Crimmitschau erst in den allerletzten Wochen zu spüren war: die planvolle Organisation der Arbeitgeber. Wie sie aussehen wird, das kann ich zufällig an einem Beispiel zeigen, das der Wirklichkeit entnommen ist. Die Fabrikantenvereinigung eines bestimmten Gewerbes, die vor kurzem erst einen bedrohlichen Kampf mit Niederwerfung ihrer Arbeiter beendet hat, rüstet sich jetzt auf folgende Weise: sie erhebt von jedem einzelnen Mitglied vor Kopf des beschäftigten Arbeiters 15 Pf. Wochenbeitrag für eine eigens geschaffene Streikkasse. Da es sich in der Branche der betreffenden Stadt um rund 10000 beschäftigte Arbeiter handelt, so bekommt die Streikkasse wöchentlich 1500 Mk. Da selbst nach dem eigenen Zugeständnis der eben erst niedergeworfenen Arbeiter in nächster absehbarer Zeit kein Angriff zu erwarten steht, so kann sich die Kasse des genannten Fabrikantenvereins in Ruhe komplettieren. Aber nicht genug damit! Es ist gleichzeitig ein Plan ausgearbeitet, der im voraus Bestimmungen darüber vorfieht, welche Fabriken bei einem etwaigen Einzelstreik der Arbeiter sofort die Aussperrung zu verhängen haben, welche zunächst weiter arbeiten müssen, wie man die Streikarbeit im Notfall herstellen, den Bezug von Arbeitswilligen einigermaßen sichern kann usw. Es ist ein Mobilmachungsplan bis in alle Einzelheiten hinein. Selbstverständlich wird das Beispiel dieses Fabrikantenvereins nicht vereinzelt bleiben. In den kommenden Kämpfen wird vielmehr die planvoll vorbereitete Organisation des Kriegs auf Arbeitgeberseite die Regel sein und eine bedeutende Rolle spielen.“

Ob die Wahrheit dieser Mitteilung verbürgt ist, wissen wir nicht, der darin bekundete „Opfermut“ der Fabrikanten, 15 Pf. pro Arbeiter wöchentlich an die Streikkasse abzuführen, kommt uns etwas unwahrscheinlich vor. Der letzte Satz von den zitierten Ausführungen Weinhausens scheint uns jedoch richtig und zutreffend zu sein.

Literarisches.

Eine gewaltige Eroberung hat Kapitän Sverdrup auf friedlichem Wege ausgeführt, indem er, wie er in seinem in zwei prächtigen Bänden erscheinenden Werke „Neues Land“ (Leipzig, F. A. Brochhaus, geb. 20 Mk.) in interessanter Weise schildert, im Namen König Oskars von Schweden und Norwegen ein Gebiet von nahezu 800000 Quadratkilometer in Besitz nahm, ein Gebiet, welches fast so groß ist als das ganze Königreich Preußen! Wenn ihm und seiner Handvoll fähiger Gefährten auch nicht feindliche Menschen entgegengetreten sind, so hatte die Expedition in den vier Jahren ihrer Tätigkeit mit viel arminigeren Gegnern, mit den finsternen Mächten des Nordens zu tun, die ihnen mit Vernichtung drohten. Der Fleck, nach welchem Kapitän Sverdrup auf Nausens berühmtem Schiff, der Fram, ausgezogen war, ist in jenem Teil des Polargebietes gelegen, der die meisten Menschenopfer gefordert hat. Dort spielte sich einst die Tragödie des Unterganges der Expedition Franklins ab, dort fand das amerikanische Expeditionsschiff „Polaris“ ein grauenhaftes Ende. Nun aber war diese Gegend, die von der Natur so hartnäckig gegen jedes Eindringen des Menschen verteidigt wurde, der Schauplatz von Erfolgen, die nach dem Zeugnisse der berühmten Forscher zu den bedeutendsten gehören, die die Polarforschung seit langem erzielt hat. Durch Kapitän Sverdrup ist der Charakter des Ländergebietes westlich von Grönland ein für allemal aufs genaueste bekannt geworden.

Durch seine Erzählung geht ein erfrischender Zug von Lebenskraft, die nicht lange grübelt, sondern sofort handelt, auch in den schwierigsten Lagen, die aus den größten Gefahren einen Ausweg zu bahnen weiß. Sverdrups „Neues Land“ ist ein Buch für alle Kreise des Volkes, die teilnehmen an den Abenteuern und Erfolgen schlichter Männer. Frisch, lebendig und humorvoll geschrieben und glänzend illustriert, ist es so spannend wie ein Roman und muß Jung und Alt fesseln.

Kann es sich der Einzelne wegen des hohen Kostenpreises von 20 Mk. nicht so leicht anschaffen, so dürfte es doch zur Anschaffung für unsere Zahlstellenbibliotheken sehr empfehlenswert sein, auch um in Bibliotheken so oft anzutreffenden phantastischen Zudianergeschichten von Karl May zu verdrängen, der in verdeckter Form nur Kellame für den Ultramonianismus macht.

Briefkasten.

H. H. in St. Das Adressenverzeichnis erscheint, wenn die jetzigen Generalversammlungsberichte nachlassen und einigermaßen Platz dafür vorhanden ist; voraussichtlich in Nr. 9.

E. L. in W. Das tut mir gewiß sehr leid, ist aber nicht meine Schuld, schreiben Sie verständlicher, oder lassen Sie es zukünftig von jemandem schreiben.

Berichtigung. Im Versammlungsbericht der Zahlstelle Krefeld in letzter Nummer muß es heißen: Der Erfolg der Versammlung war ein befriedigender, nicht der der Lohnbewegung.

Mit Bezug auf den dritten Artikel: „Christliche Gewerkschaften usw.“ wird von Leipzig aus darauf hingewiesen, daß es falsch sei, wenn gesagt wird, E. K. habe für den Ausschluß der Buchdrucker aus dem Kartell gestimmt, E. K. wer gar nicht Delegierter. Unsere zwei Delegierten waren die zwei einzigen Stimmen, die gegen die Resolution stimmten, die die Buchdrucker zum Austritt zwangen. Wir bedauern falsch informiert gewesen zu sein.

Zurückgestellt: Bericht aus Zeitz, Dresden, Gotha, Berlin, Solingen, München, Ruhla, Annaberg, Leipzig und Mannheim.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der Gaubevollmächtigten.

Gau XVI. Bayerische Regierungsbezirke Unterfranken, Oberfranken, Mittelfranken und Oberpfalz.
Gauvorort Fürth: C. Redding, Fürth, Nürnbergerstraße 178 III. (Vertrauensmann für Bayreuth: Arthur Lorenz, Nürnbergerstraße 6; für Hof: Karl Bschiesch, Marienstr. 103; für Bamberg: A. Grohe, Mittler Kaulberg 49; für Ansbach: E. Prechtel, Bittenstraße 28).

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Ayloha: B. Gude, Grünstraße 3.
Karlsruhe: Karl Bühl, Kriegstraße 153.
Kaufbeuren: F. Storr, Pfarrgasse 426.
Ludwigsweiler: A. Sailer, Anhalterstraße 6.
Mannheim-Ludwigshafen: G. Krieger, Mannheim, Prinz-Wilhelmstraße 4 V.
Pflaun i. Vogtl.: E. Zimmermann, Dörfelstraße 13.
Stuttgart: Joh. Frey, Stuttgart-Nöthen, Rotenbergstraße 44 I.

Abänderung im Verzeichnis der Reiseunterstützungs-Auszahl.

Altenburg (S.-A.). Z. A. Bruno Horn, Thümmelstraße 2 P.; von 12—1 und 6—7 Uhr, Sonntags von 12—1½ Uhr. L. U. M. 16 Mk. Az. 9½—10½ St.
Erfurt. Z. Richard Smolny, Kirchnergasse 8 II; von 12—1 und 6—7 Uhr, Sonntags 12—1. L. U. M. 18 Mk. Az. 9½ St.
H. Hotel „Kronprinz“, Futterstraße 1.
Göppingen. Z. W. Krottsch, Dammstraße 69; von 12—1 und 7—8 Uhr.
Hannover. Z. A. Restauration Wegener, Braunschweigerstraße 3; von 1½—1½/2 und 6—7 Uhr, Sonntags von 12—1 Uhr. M. 18—24 Mk. Az. 9—9½ St.
H. Restauration Wegener, Braunschweigerstr. 3. L. U. Karlsruhe. Z. Georg Friedrich, Adlerstr. 5 III; von 1½—1½/2 und Sonntags von 12—1 Uhr. M. 18 Mk. Az. 9½ St.
Pflaun i. Vogtl. Z. A. Rennert, Langestraße 76; von 12—1 und 1½—1½/2, Sonntags von 1—2 Uhr.
Weisbaden. Z. A. Gewerkschaftsbergeber, Gemeindebadgäßchen; von 6½—7½ Uhr, Sonntags von 12 bis 1 Uhr. Az. 9—10 St. M. 18 Mk.
Stuttgart. Z. P. Schwinghammer, Notestr. 16 v.; von 10—11 und 4—5 Uhr (nur Werktag). L. U. M. 23,76 Mk. Az. 9 St.
A. Städtisches Arbeitsamt, Schmalestraße 11.
H. Gewerkschaftshaus „Zum goldenen Bären“, Höttingerstraße 17/19.

Abrechnungen

pro viertes Quartal 1903 sind vom 27. Januar bis 2. Februar bei der Verbandskasse eingegangen: Von Altenburg mit — Mt., Annaberg-Buchholz 98,33 Mt., Bielefeld 210,14 Mt., Bremen — Mt., Dortmund — Mt., Eisenberg 215,11 Mt., Flensburg 28,09 Mt., Heilbronn 98,55 Mt., Karlsruhe — Mt., Kassel 20 Mt., Kaufbeuren 48,45 Mt., Kiel 60,94 Mt., Konstanz 20 Mt., Lutzenwalde 53,15 Mt., Mainz 25 Mt., Saalfeld 43,24 Mt., Gau 1 200 Mt., Gau 2 45,18 Mt., Gau 11 59,08 Mt. und vom Gau 13 mit 16 Mt.

Noch nicht abgerechnet haben: Nachen, Altona, Apolda, Brandenburg, Breslau, Bromberg, Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg-Ruhrort, Eßlingen, Frankfurt am Main, Freiburg, Fürth, Gelsenkirchen, Glogau, Hamburg, Magdeburg, Offenbach, Plauen, Schleiß, Stettin, Gau 3, 5, 6, 8, 10 und 14. G. Hauelsen.

Anzeigenteil.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal I

Mitglieder-Versammlung.

86] Tagesordnung: [2.80

- 1. Vortrag.
2. Die bevorstehende Urabstimmung.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Sonntag d. 21. u. Sonntag d. 28. Februar

Urania-Vorstellungen

in der „Urania“, Taubenstraße 48/49.

Vortragsthema siehe nächste Nummer dieses Blattes.

Anfang beider Vorstellungen nachmittags 5 Uhr.

Eröffnung der Physikfäse um 4 Uhr.

Billetts à 60 Pf. inkl. Garderobe sind von heute ab in den Zahlstellen, bei den Werkstübchen-Vertrauenspersonen, sowie im Bureau zu haben. D. D.

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Eßlingerstraße, Saal I

Mitglieder-Versammlung.

87] Tagesordnung: [2.30

- 1. Vortrag von Herrn Kömpf über: „Das neue Krankenversicherungsgesetz in der Praxial“.
2. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Zur Beachtung!

Die Auszahlung der Unterstützung an Arbeitslose am Orte, sowie für Zugereiste findet ab 1. Februar bei Kollege P. Schwinghammer, Rotestr. 16 p., vormittags von 10—11 und nachmittags von 4—5 Uhr statt (nur Werktags). D. D.

Am 28. Januar verstarb nach langem Leiden unser Kollege [1.10

Ernst Gablowsky.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenkenbewahren.

88] Zahlstelle Frankfurt a. M.

Unlieb verspätet!

Meinem lieben Freunde und Kollegen

Felix Ploog

und seiner Braut [1.00

Frl. Anna Degen

zur Verlobung die „Besten Glückwünsche!“

Schwerin i. M. K. K.

Köln

Papp Heil!

Köln

Carnevalistische Abendunterhaltung

90] von 12 Uhr ab Tanz [3.20

am Samstag den 6. Februar, abends 8 Uhr, im Festsaal des Herrn Mausbach (Wartesaal), Schaafenstr. 4/6. Entree frei! Lieder und Mütze 20 Pf.

Zahlstelle Stuttgart * Buchbinder-Männerchor.

Sonntag den 7. Februar in den Sälen der „Arbeiterhalle“

Großes humoristisches Fastnachts-Konzert.

91] Urfrüheles Programm. [2.80

Kassenöffnung 3 Uhr. — Anfang 4 Uhr.

Eintritt für Mitglieder 10 Pf. pro Person; Nichtmitglieder 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Programme sind bei den Vertrauensmännern zu haben.

Rasiermesser

VON UNERREICHTER GÜTE UND SCHNITTFÄHIGKEIT EMPFIEHLT

Fritz Hammesfahr,

Fabrik u. Versandhaus Foche b. Solingen.

D. R. G. M. * Nur bei mir zu haben.

Kronen-Diamant-Stahl Mk. 3,25

Kronen-Silber-Stahl . Mk. 2,25

Fertig zum Gebrauch m. Etui. Für jed. Stück wird garantiert.

Streichriemen Mk. 1,— bis Mk. 1,80. Rasierpinsel, Rasierschalen

à Mk. —,50, Oelabziehstein Mk. 2,50, Schürmisse Mk. —,30, Rasier-

seife Mk. —,25, Rasier-Garnitur komplett in f. Etui Mk. 8,—.

Versand gegen Nachnahme. Katalog mit über 3000 Abbildungen bitte zu verlangen franko und umsonst.



Eduard Queseleit

zu seiner Vermählung [0.60

die besten Glückwünsche.

93] Die Kollegen der Zahlstelle Hagen i. W. [1.60

In groß. Stadt Sachsen i. e. mittl. 94] [1.60

Buchbinderei

mit 12 Mach., die ständig 7—8 Pers. beschäft. u. sich über 30 Jahre i. ein. Hand befindet, m. feiner Kundsch. zu verk. Preis 6500, Ang. 500 Mt.

Off. u. „Sachsen“ an die Exped. ds. Bl. erbeten.

Linierer,

tüchtig auf Förste & Tromm, findet angenehme und dauernde Stellung. 95] [1.20

Offert. unt. K. 1000 an die Exped. dieses Blattes.

Alt Gold-Einkauf!

Rehrgold, Summt usfo. zum Ausschmelzen, jeden Posten nach Gewicht. Empfehlungen zur Verfügung. [0.80

96a] Willy Thiele, Leipzig, Nordstr. 3.

Etuitischer,

in allen Arbeiten bewandert (Besteckschränke), sucht Stellung. 98 [0.70

Off. u. H. R., Hamburg, Postamt 18.

W. Wellers Restaurant z. Bienenkorb

Weberstraße 4 Stuttgart Weberstraße 4

empfiehlt Samstag und Sonntag [2.00

vorzügl. Kalbshaxen und Jrisch-Stew,

wozu höflichst einlabet

99] Wilhelm Weller.

Geschäfts-Empfehlung.

Erlaube allen meinen werten Kollegen und Kolleginnen bekannt zu geben, daß ich ab 1. November 1903 das

Café-Restaurant Mühlbauer

Zenettplatz 2

übernommen habe.

Vorzügliches Spatenbier, guten bürgerlichen Mittagstisch zu 45 Pf., Kaffee 15 Pf., gute Weine und prima Weißbier.

Indem ich um Ihre gütige Unterstützung meines Unternehmens bitte, zeichne [1.60

100] Achtungsvoll

München. Oskar Alfermann.

Leipzig. Restaurant Gutenberg, Johannis-

Empfehle meine neuerbauten Lokalitäten mit Saal und Gesellschaftszimmer werten Vereinen u. Gesellschaften zur gefälligen Benutzung. Speisen und Getränke in bekannter Güte. 101] [1.00 J. Rohm.

Müllers Restaurant u. Café

Inhaber: Otto Müller. Mäckern h. L., Kirchweg 32. Gr. Strassenbahn-Linie Mäckern-Oconnowitz.

Empfehle allen Kollegen meine Lokalitäten bei eventuellen Gelegenheiten zur gefälligen Benutzung.

Gleichzeitig mache ich auf die in Nr. 51 1902 der „Buchbinderzeitung“ besprochene Weltspielliste aufmerksam. Dieselbe ist zu beziehen durch Emil Klöth, Leipzig, Bayerstraße 81, und Emil Pfütz e, Leipzig, Sellenhausen, Eisenbahnstraße 150 III. 102] [1.40

Fernsprecher 7945. Mit Gruß O. Müller.

Gehilfen

in allen Gegenden Deutschlands sucht

O. Th. Winckler, Leipzig

Kostenfreier

Arbeitsnachw. f. Buchb.

[97]